

Nr. 08 | April 2020

## Liebe Leserinnen und Leser,

nach wie vor hat die Eindämmung des Corona-Virus höchste Priorität. Und auch, wenn die Schutzmaßnahmen und Ausgehbeschränkungen der Regierung bereits erste Wirkung zeigen, dürfen wir nicht vorschnell handeln! Nach wie vor sind Vorsicht und Umsicht gefragt. Gerade im Hinblick auf das schöne Wetter fällt das Vielen, besonders Alleinstehenden, vermutlich wahnsinnig schwer. Aber wir müssen durch- und zusammenhalten!

Auch unsere Landwirte müssen gerade aus- und durchhalten. Daher haben wir am Mittwoch Möglichkeiten zur Unterstützung der Landwirte bei der Lebensmittelversorgung während der Corona-Pandemie mit Kommissar Wojciechowski erörtert. Im Mittelpunkt der Debatte standen die bisher von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen, darunter Darlehen oder Bürgschaften zu günstigen Konditionen zur Deckung von Betriebskosten von bis zu 200.000 Euro und die Neuzuweisung ungenutzter Agrarfonds zur Bekämpfung der Auswirkungen der Corona-Krise in ländlichen Gebieten. Die Kommission schlug außerdem vor, die Zahl der physischen Kontrollen in den landwirtschaftlichen Betrieben zu verringern und ab Mitte Oktober die Vorschüsse auf Direktzahlungen und Zahlungen für die ländliche Entwicklung zu erhöhen. Auch der grenzüberschreitende Zugang zu allen notwendigen Produktionsfaktoren, einschließlich Futtermitteln und Pflanzenschutzmitteln, sowie die grenzüberschreitende Bewegung von Saisonarbeitern während der laufenden Erntesaison waren Thema der Diskussion.

Übrigens: Gerade in der Corona-Zeit kann der Glaube an Gott überaus Trost spenden. Hierfür gehen Kirchen gerade neue Wege, um ihre Gläubigen zu erreichen. Als Christin freue ich mich über die Online-Angebote meiner Heimatgemeinde, das wir vor allem dem außergewöhnlichen Engagement unseres evangelischen Pfarrers Thomas Hofmann sowie weiteren Ehrenamtlichen zu verdanken haben. Sein Hoffnungslied gefällt mir dabei besonders gut! Hören Sie doch mal rein: <https://youtu.be/-dqRj3jy0vw>

Die Schwerpunkt-Themen bei der Plenarsitzung vom 16. bis 17. März 2020 waren:

- Starke Zusammenarbeit und Solidarität zur Überwindung von COVID-19
- COVID-19: Parlament will EU-Gesundheitssektor mit über 3 Milliarden Euro unterstützen
- EU-Mittel flexibler nutzen, um die Folgen der Coronakrise für Bürger zu mildern
- COVID-19: Nahrungsmittelhilfe und Unterstützung für Menschen in Not

Viel Spaß beim Lesen!

Ihre

Marlene Mortler

---

## **Starke Zusammenarbeit und Solidarität zur Überwindung von COVID-19**

Der Kampf gegen die Corona-Krise stand im Mittelpunkt der Plenartagung in Brüssel. In einer von den pro-europäischen Fraktionen getragenen Entschließung forderten die Parlamentarier so viel Koordinierung nationaler Anti-Corona-Maßnahmen wie möglich. Die Mitgliedstaaten sollen sich gegenseitig bei medizinischem Material und Versorgung unterstützen. Auch alle Maßnahmen zum Ausstieg aus den Kontaktbeschränkungen und Reisebeschränkungen sollen so abgestimmt sein, dass der EU-Binnenmarkt nicht beeinträchtigt wird. Die Lösungen für finanzielle Hilfen, die nach intensiven Debatten von den Finanzministern gefunden wurden, sind auch im Europaparlament mehrheitsfähig. Die CDU/CSU-Gruppe unterstützt den Ansatz, alle Möglichkeiten auszuschöpfen und neue Wege zu gehen, um schnelle Hilfe zu ermöglichen. Kredite aus dem ESM, erweiterte Kreditgarantien der EIB sowie Kredite für Kurzarbeiterhilfen sind ein großes und solidarisches Paket. Die Verbindung von Verantwortung und Haftung auseinanderzubringen oder die Grundsätze nachhaltiger Haushaltspolitik in Frage zu stellen, lehnen wir aber ab. Deshalb gab es keine Mehrheit für Anträge wie die Forderung nach Aufweichung der Bestimmungen für das Europäische Semester, nach Einführung einer europäischen Arbeitslosenrückversicherung oder nach Euro-Bonds. Das Europaparlament zeigt, dass es auch in der Krise handlungsfähig ist und Mehrheiten für pragmatische und solidarische Lösungen erarbeiten kann.

## **COVID-19: Parlament will EU-Gesundheitssektor mit über 3 Milliarden Euro unterstützen**

Ein Zeichen der Solidarität im Kampf gegen die Corona-Krise: Das Europaparlament hat drei Milliarden Euro Soforthilfe aus dem EU-Haushalt zur direkten Unterstützung des europäischen Gesundheitssektors freigegeben. Ziel ist es, die Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der Folgen des Covid-19-Ausbruchs zu helfen. Die Aktivierung des Soforthilfeinstruments (ESI) wird es der EU-Kommission ermöglichen, dringend benötigte medizinische Schutzausrüstung und Geräte wie Masken und Beatmungsgeräte zu beschaffen und zu verteilen. Auch der Transport von Patienten innerhalb der EU sowie der Bau mobiler Feldkrankenhäuser wird mit den Geldern unterstützt. Um den EU-weiten akuten Mangel an Medizinprodukten, etwa Beatmungsgeräten, zu lindern, stimmten die Abgeordneten auch für den Aufschub der Medizinprodukte-Verordnung. Damit sollen die neuen, aufwändigeren Regeln, an die sich Hersteller von Medizingütern künftig halten müssen, erst ein Jahr später in Kraft treten. Firmen, die nun kurzfristig in die Produktion von Medizinprodukten einsteigen, soll die notwendige Flexibilität eingeräumt werden, schnell in großer Stückzahl zu produzieren. Hersteller hatten schon vor der Corona-Krise über die neue Verordnung geklagt, die aufgrund umfassender Regeln, etwa Dokumentationspflichten, Innovationen verhindere.

## **EU-Mittel flexibler nutzen, um die Folgen der Coronakrise für Bürger zu mildern**

Das Parlament hat am Freitag einer flexibleren Umschichtung nicht genutzter EU-Mittel zugestimmt, um die Auswirkungen der Virus-Krise auf die Bürger so gering wie möglich zu halten. Letzte Woche hatte der Ausschuss für regionale Entwicklung beantragt, dass

die zusätzlichen Maßnahmen zur flexibleren Nutzung der europäischen Struktur- und Investitionsfonds direkt dem Plenum zur Abstimmung vorgelegt werden sollten (Artikel 163 GO). Die neuen außerordentlichen Maßnahmen für mehr Flexibilität, die von der Kommission vorgeschlagen wurden, sollen den Mitgliedsstaaten ermöglichen, EU-Mittel zwischen den drei wichtigsten Kohäsionsfonds (dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, dem Europäischen Sozialfonds und dem Kohäsionsfonds), zwischen den verschiedenen Kategorien von Regionen und zwischen den spezifischen Schwerpunktbereichen der Fonds umzuschichten. Regionalpolitik-Programme in 2020-2021 werden zu 100 Prozent aus EU-Mitteln finanziert. Die Maßnahmen vereinfachen auch die Genehmigung der Programme, um die Umsetzung zu beschleunigen, die Finanzinstrumente leichter nutzbar zu machen und die Kontrolle zu vereinfachen.

## COVID-19: Nahrungsmittelhilfe und Unterstützung für Menschen in Not

Das Parlament hat am Freitag Sondermaßnahmen zum Schutz der besonders benachteiligten Bürger und zur Deckung ihrer unmittelbaren Bedürfnisse beschlossen. Angesichts des Corona-Notstands hat der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten beantragt, dass das Plenum im Dringlichkeitsverfahren direkt über Sondermaßnahmen abstimmt, die das weitere Funktionieren des Europäischen Hilfsfonds für die am stärksten benachteiligten Personen (FEAD) gewährleisten sollen, der jährlich rund 13 Millionen Menschen in der EU mit Nahrungsmittelhilfe versorgt und grundlegende materielle Unterstützung leistet. Um Obdachlose und in Armut lebende Menschen davor zu schützen, dem Virus zum Opfer zu fallen und sicherzustellen, dass die Hilfe des FEAD sie weiterhin in einer sicheren Umgebung erreicht, hat die Europäische Kommission Änderungen der FEAD-Vorschriften vorgeschlagen. Diese ermöglichen die Finanzierung der Bereitstellung von Schutzausrüstung, von Nahrungsmittelhilfe und materieller Basisunterstützung durch Gutscheine sowie eine vorübergehende 100-prozentige Finanzierung aus dem EU-Haushalt (anstatt Kofinanzierung) und eine vereinfachte Rechnungslegung und Rechnungsprüfung während der Pandemie.

---

### Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP  
Briver Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

[mittelfranken@marlenemortler.eu](mailto:mittelfranken@marlenemortler.eu)  
[www.marlenemortler.eu](http://www.marlenemortler.eu)

Redaktion: Sarah Schöffler